VIER-TORE-STADT
NEUBRANDENBURG

Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 19.10.2026
Stadtvertretung

Niederschrift

über die 15. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 15.10.2026

Sitzungsort:
Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Sitzungssaal, Marktplatz 1

Beginn:	15:00 Uhr	Ende: 21:26 Uhr
Unterbrechungen:	16:58 Uhr	17:06 Uhr
	18:21 Uhr	18:33 Uhr
	20:01 Uhr	20:09 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Ratsherr Thomas Gesswein	CDUplus

stellv. Vorsitzende

Ratsherr Jens Kreutzer	BSW/BfN
Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann	SPD/Grüne

Gremiumsmitglieder

Ratsherr Jörg Albrecht	SPD/Grüne
Ratsfrau Mandy Arndt	AfD
Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Jörg Borchert	CDUplus
Ratsherr Björn Bromberger	CDUplus
Ratsherr Peter Fink	AfD
Ratsfrau Vanessa Freund	SPD/Grüne
Ratsherr Tim Großmüller	fraktionslos
Ratsherr Harry Hahne	BSW/BfN
Ratsherr Holger Hanson	Projekt NB
Ratsherr Bernd Herrmann	Projekt NB
Ratsfrau Antje Hundt	BSW/BfN
Ratsherr Jammrath	BSW/BfN
Ratsherr Toni Jaschinski	fraktionslos
Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer	SPD/Grüne
Ratsherr Jörg Kracht	AfD
Ratsfrau Anett Kreutzer	BSW/BfN
Ratsherr Dr. Roman Kubetschek	Projekt NB
Ratsherr Jan Kuhnert	BSW/BfN
Ratsfrau Caterina Muth	fraktionslos
Ratsherr Maik Ohlenforst	AfD
Ratsfrau Ina Paulitschke	SPD/Grüne
Ratsherr Kay Reinders	CDUplus
Ratsherr Olaf Schanz	AfD

Ratsfrau Yvette Schöler	CDUplus
Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Hans-Jürgen Schwanke	BSW/BfN
Ratsherr Michael Stieber	SPD/Grüne
Ratsfrau Sibylle Weber	AfD
Ratsherr Raphael Wittek	CDUplus

Abwesend

Ratsherr Steffen Bülow	CDUplus
Ratsherr Nicola D‘Aniello	CDUplus
Ratsherr Roland Fanselow	AfD
Ratsherr Steven Giermann	CDUplus
Ratsherr Olaf Jammrath	BSW/BfN
Ratsherr Dennis Langer	Projekt NB
Ratsherr Holger Mieth	SPD/Grüne
Ratsfrau Gritta Neumann	CDUplus
Ratsherr Robert Schnell	AfD
Ratsherr Thomas Schröder	BSW/BfN
Ratsfrau Sigrid Strelow	AfD

Verwaltung

Herr Klose	Oberbürgermeister
Herr Modemann	Beigeordneter und 1. Stellv. des OB
Frau Piotrowski	2. Stellv. des OB
Frau Rathsack	Leitung Recht und Vergaben
Herr Schwabe	Leitung EBIM
Frau Skambraks	Leitung Schule, Sport und Kultur
Frau Zabel	Beteiligungsmanagement
Herr Renner	Leitung Stadtplanung, Wirtschaft, Bauordnung
Frau Kunze	Leitung Ordnung, Verkehr u. Gewerbe
Gitta Kutzik	Leitung Rechnungsprüfungsamt
Herr Füsting	Datenschutzbeauftragter
Frau Seugling	Strategische Kommunikation & Marketing
Herr Hildebrandt	Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Kapler	Leitung Büro der Stadtvertretung
Frau Hänsch	Büro der Stadtvertretung
Frau Akman	Büro der Stadtvertretung
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Stadtpräsident **Gesswein** eröffnet die 15. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Stadtpräsident **Gesswein** eröffnet die Einwohnerfragestunde. Es gibt nachfolgende Wortmeldungen:

Herr **Rahmsdorf** spricht die Situation der Jugendlichen im Reitbahnviertel an und verweist darauf, dass er diese Thematik bereits im Jahr 2024 in der Stadtvertretung thematisiert habe. Es gehe ihm um die steigende Jugendkriminalität, gerade hinsichtlich von Drogen- und Gewaltdelikten. Er richtet die Frage an die Stadtvertretung und den Oberbürgermeister, wie es weitergehen solle und fordert klares präventives Handeln. Sofern keine Reaktion erfolge, kündigt er den Start einer Petition und eine Unterschriftenaktion im Reitbahnviertel an, da aus seiner Sicht in Neubrandenburg zu wenig für den Schutz der Kinder und Jugendlichen getan werde.

Stadtpräsident **Gesswein** verweist darauf, dass das Thema als regulärer Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung steht. Er gehe davon aus, dass Herr Rahmsdorf Antworten auf sein Anliegen in der späteren Debatte erhalte.

Herr **Hahlweg** verweist darauf, dass er bereits bei der letzten Sitzung Themen wie die Verzögerung beim Brandschutz der Grundschule Datzeberg angesprochen, jedoch bis heute keine Antwort oder Zwischenantwort erhalten habe. Er kritisiert zudem, dass er damals bei den Fraktionen vergeblich Hilfe gesucht habe. Er wirft die Frage auf, woher die fehlenden drei Millionen Euro für den Umbau der Schule kommen und was mit dem alten, leerstehenden Gebäude auf dem Datzeberg passiere. Auch auf seine anderen Fragen hinsichtlich der Schwimmhalle, des Jahnsportforums und den dortigen Baumaßnahmen in den letzten sechs Wochen habe er keine Zwischenantwort erhalten. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Grundschule Süd merkt er an, dass diese bereits vor zwölf Jahren hätte gebaut werden sollen und trotz der im letzten Jahr bekannt gewordenen Gespräche mit der Hochschule wegen des Grundstücks seither nichts passiert sei. Er wirft die Frage auf, wie lange Dinge vor sich hergeschoben und wann Prioritäten für die Stadt gesetzt würden. Angesichts eines städtischen Minusstandes von rund 21 Millionen Euro bezweifele er, dass sich die Stadt den Bau von Schwimmhalle, Innovationszentrum und Jahnsportforum gleichzeitig leisten könne. Seiner Meinung nach seien in den letzten 20 Jahren falsche Prioritäten gesetzt worden. Zudem bemängelt er den Zustand der sanitären Anlagen für Menschen mit Behinderungen in der Innenstadt am Wochenende. Abschließend hinterfragt er die Arbeit der Mitglieder der Stadtvertretung in den Gremien sowie die Tätigkeit des Oberbürgermeisters und fordert mehr Bürgernähe und Bürgersprechstunden sowie eine stärkere Einbindung der Bürgerwünsche.

Herr Oberbürgermeister **Klose** nimmt zu den aufgeworfenen Fragen Stellung:

- Hort/Grundschule Datzeberg: Er berichtet über die Eröffnungsfeier am vergangenen Montag und ein Gespräch mit Herrn Dawel vom Träger JUL. Die Klärungen für den Hort seien in der Schlussphase und die Eröffnung würde in Kürze vollzogen.
- Baukosten Grundschule Datzeberg: Die Kostensteigerung von rund 3 Millionen Euro (bei einem Gesamtvolumen von 9,9 Millionen Euro) werde aus dem städtischen Haushalt bezahlt. Eine Sonderbedarfszuweisung des Landes in Höhe von 750.000 Euro sei

hilfreich gewesen, das Projekt würde jedoch aus eigenen Mitteln finanziert, da es der Stadt sehr wichtig sei.

- Altes Gebäude Datzeberg: Die Verwaltung bereite derzeit die Veräußerung des Gebäudes vor. Es fänden bereits vertrauliche Gespräche mit Interessenten aus dem Bereich der Bildungsträger statt.
- Großprojekte (Grundschule Süd, Schwimmhalle, Jahnsportforum): Bei diesen Projekten handele es sich um politische Entscheidungen, die im Zuge der anstehenden Haushaltsdebatte zu führen seien. Dort sei der richtige Raum, um die Prioritäten zu setzen.
- Kaufhofgebäude / Private Immobilien: Er betont, dass die Stadt bei Immobilien, die sich nicht in ihrem Eigentum befinden (wie dem Kaufhofgebäude), nur sehr wenig Möglichkeiten habe, Eigentümer oder Investoren zum Baustart zu bewegen. Der städtische Teil liege im Genehmigungsverfahren; sobald dieses erteilt sei – wie beispielhaft beim Hotelneubau Markgrafenhof –, sei die Stadt im weiteren Verlauf zunächst außen vor. Er leiste in solchen Fällen Lobbyarbeit, um potenziellen Investoren die Vier-Tore-Stadt weiterhin als guten Standort schmackhaft zu machen. Es stehe und falle jedoch mit den Eigentürmern, die selbst über den richtigen Zeitpunkt für den Baustart entscheiden müssten.
- Informationsfluss / Kritik des Bürgers („es werde nichts gehört“): Der Oberbürgermeister lädt den Einwohner ein, die Informationsangebote der Stadt zu nutzen. Es werde regelmäßig über zahlreiche Medien (Stadtanzeiger, WhatsApp-Kanal, Internetseite, Social Media) über die Arbeit und aktuelle Projektstände informiert. Zudem sei der Bericht des Oberbürgermeisters seit der letzten Sitzung umstrukturiert worden. Dieser sei im Ratsinformationssystem für alle Bürgerinnen und Bürger öffentlich einsehbar und biete einen Einblick in alle wichtigen Strukturmaßnahmen.
- Qualitätsarbeit Irisweg (NEUWOGES): Er bestätigt das zurückliegende Gespräch unter vier Augen. Seine Antwort müsse jedoch dieselbe bleiben: Er bittet den Einwohner, sich direkt an den Eigentümer – in diesem Fall an die Wohnungsgesellschaft – zu wenden. Er hoffe, dass dort bei fortbestehenden Qualitätsproblemen nach Sanierungen oder Modernisierungen gemeinschaftlich eine Lösung gefunden werde.

Abschließend bezieht sich Herr Oberbürgermeister **Klose** auf den Redebeitrag von Herrn Rahmsdorf und kündigt an, die Thematik später in der Sitzung im Bereich „Informationen und Mitteilungen“ in etwas anderer Form aufzurufen und die entsprechende Antwort auf die Fragen dort einzubauen.

Herr **Müller**, Vorsitzender des gemeinnützigen Segelvereins Neubrandenburg e. V., spricht die seit Jahren bestehenden Probleme am Nordufer des Tollensesees an. Er berichtet über eine stetige Zusandung des Sportboothafens sowie über den Rückgang des Schilfgürtels, was offensichtlich auf die Abschwemmung des Sandes vom Augustabad zurückzuführen sei. Er kritisiert, dass fast jedes Jahr erhebliche Haushaltsgelder der Stadt Neubrandenburg aufgewendet würden, um den Strand dort wiederherzustellen. Das stufe er als Geldverschwendung ein, da der Sand kontinuierlich abgeschwemmt werde. Ohne wirksamen Uferschutz – beispielsweise in Form von Buhnen nach dem Vorbild der Ostsee – würde das Nordufer in 10 bis 15 Jahren zu einem Sandberg anwachsen. Unabhängig vom Ablassen und Zulassen des Tollensesees verzeichne der Verein seit über zwei Jahren einen stetigen, durchschnittlichen Verlust der Wassertiefe um 60 Zentimeter. Bootsbesitzer, die aus Richtung Oberbach kommend nach links abbiegen wollen, müssen mittlerweile einen großen Umweg von fast 150 Metern fahren, da die Wassertiefe vor der Bootsverleih-Insel von ehemals 1,20 Meter auf nur noch 40 Zentimeter gesunken sei. Er fragt, ob ein Projekt existiere, um den Uferschutz des Tollensesees voranzutreiben.
Herr Oberbürgermeister **Klose** bedankt sich für den für ihn neuen fachlichen Input und sichert zu, das Thema mit in die Fachbereiche zu nehmen, um sich ein Gesamtbild zu verschaffen. Er schlägt vor, anschließend mit dem Segelverein direkt in den Austausch zu gehen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** fragt nach, inwiefern der Segelsport bereits beeinträchtigt sei. Mit Blick auf die kürzlich ausgetragene Cadet-Meisterschaft möchte er wissen, ob der Wettkampfbetrieb bereits beeinträchtigt sei und in welchem zeitlichen Rahmen nach Einschätzung des Vereins Handlungsbedarf bestehe, bevor kein Wettkampfbetrieb mehr möglich sei.
Herr **Müller** führt aus, dass der Verein mit den „German Open der Cadet-Klasse 2026“ nach langer Zeit wieder eine große Jugendsportveranstaltung im Range einer deutschen Meisterschaft unter dem Schirm des Deutschen Segler-Verbandes durchgeführt habe. Aufgrund der Zusandung des integrierten Sportboothafens hätten die Segelboote bereits erhebliche Probleme beim Auslaufen gehabt, da die Schwerter und Ruderanlagen aufsetzten. Nach seinen langjährigen Beobachtungen werde das Areal in spätestens drei Jahren so stark zugesandet sein, dass eine Begehung zu Fuß möglich sei und ein Auslaufen unmöglich werde. Für künftige Jugendveranstaltungen – wie die für das nächste Jahr geplante Europameisterschaft mit 40 bis 50 Booten – müsse der Verein dann unter erheblichem Aufwand auf andere Ufervereine oder den Hundebadestrand ausweichen. Es müsse im Kinder- und Jugendbereich bereits auf Boote mit sehr geringem Tiefgang ausgewichen werden; große Boote mit einem Tiefgang von über 60 Zentimetern könnten gar nicht mehr eingeladen werden.
Ratsherr **Herrmann** regt eine allgemeine Prüfung durch die Verwaltung an. Er hätte festgestellt, dass der See in diesem Jahr – seit dem Neubau der Brücke mit der integrierten Fischtreppe in der Rostocker Straße – den mit Abstand niedrigsten Wasserstand jemals aufweise, sodass Bootsführer vom Steg rund 50 Zentimeter tief in die Boote steigen müssen. Er bittet um Prüfung, ob der Wasserstand pauschal durch die neue Fischtreppe zu tief gehalten werde, da die Probleme aus einer Kombination aus dem zusätzlichen Sand und dem niedrigen Wasserstand resultierten.
Ratsfrau **Dr. Balschat** wirft die Frage auf, ob sich Herr Müller eine Verlegung des Segelclubs an einen anderen Standort vorstellen könne. Sie führt aus, dass aus Sicht vieler Neubrandenburger der Club inmitten der Flaniermeile (Badehaus, Cafés, Bänke) städtebaulich unpassend sei und den Bereich „zerhacke“, da er nur wenigen Menschen zugänglich sei. Durch eine Verlegung ließe sich das Versandungsproblem für den Verein lösen und die Ecke vom Badehaus bis zum Anlegesteg der „Mudder Schulten“ könnte im Sinne der Allgemeinheit als durchgehende Promenade attraktiv gestaltet werden. Sie richtet diese Planungsanfrage auch an die Verwaltung.
Ratsherr **Bromberger** widerspricht der Ansicht, dass der Segelsportverein die Uferpromenade „zerhacke“. Er lobt das Engagement des Vereins und die Organisation von Jugendwettkämpfen. Das sei für Neubrandenburg als Sportstadt sehr begrüßenswert. Er richtet die Frage an die Verwaltung, ob die im Betriebsausschuss geäußerte Theorie weiterverfolgt werde, wonach die Versandung in diesem Bereich im Zusammenhang mit dem Ausbaggern des Liepskanals behoben werden könnte, und ob eine solche Maßnahme bereits geplant sei.
Herr **Schwabe** verweist auf das Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters an den Verein, bestätigt aber, dass dieses Thema bereits Gegenstand im Betriebsausschuss gewesen sei. Es seien verschiedene bauliche Varianten geprüft und eine Kostenbetrachtung für Buhnen oder ähnliche Maßnahmen im Bereich des Augustabades angestellt worden. Diese Ergebnisse seien im Betriebsausschuss vorgestellt und die Kosten dargelegt worden. Am Ende habe sich das jährliche Wiederaufschütten des Sandes als die deutlich wirtschaftlichere Variante erwiesen, verglichen mit einem Neubau als Wasserbaumaßnahme, der Kosten im hohen sechsstelligen Bereich verursachen würde. Demgegenüber stünden jährliche Kosten für den durchschnittlichen Sandauftrag im Augustabad von etwa 7.000 bis 8.000 Euro.
Das Problem der Versandung des Bootshafens sei der Verwaltung bekannt. Wie von Ratsherrn Bromberger angesprochen, sei geplant, die für die Ausbaggerung des Liepskanals benötigte Technik, sobald diese vor Ort sei, auch am Bootshaus des Segelvereins einzusetzen. Er habe sich diese Baumaßnahme am Liepskanal bereits für das vergangene Jahr gewünscht. Inzwischen lägen alle erforderlichen Unterlagen vor; als letztes sei der notwendige Artenschutz-Fachbeitrag Ende Juli eingereicht worden, dessen Bearbeitung

derzeit erfolge. Er befürchte jedoch, dass die verbleibende Bearbeitungszeit und das sehr enge, naturschutzrechtliche Baufenster von nur wenigen Wochen nicht ausreichen könnten, um die Maßnahme noch im laufenden Jahr umzusetzen. Er sei sich jedoch sehr sicher, dass diese Baumaßnahme spätestens im nächsten Jahr durchgeführt werde. Sobald die erforderliche Technik da sei, werde sich die Verwaltung auch der Probleme des Bootshafens annehmen.

Stadtpräsident **Gesswein** schließt den Tagesordnungspunkt, da es keine weitere Wortmeldung gibt.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Stadtpräsident **Gesswein** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 07.10.2026). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; es sind aktuell 32 von 43 Mitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung der Stadtvertretung am 27.08.2026

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 4 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt keine Wortmeldungen.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 30 Dafürstimmen bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VIII/0129

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 4 auf.

Herr Oberbürgermeister **Klose** geht auf einigen Punkte des Berichtes gesondert ein. So habe die Eröffnungsfeier für die neue Grundschule Datzeberg stattgefunden und nach Erledigung einiger Restarbeiten können die Schülerinnen und Schüler nach den Herbstferien planmäßig in das neue Domizil einziehen. Auch bei der Erweiterung der regionalen Schule Ost lägen die Baumaßnahmen im Erweiterungsbau im Plan, sodass auch hier zeitnah Vollzug gemeldet werden könne. Für die Grundschule West sei der Fördermittelantrag gestellt worden, aktuell würden verbindliche Angebote für den Neubau erwartet. Über den weiteren Projektverlauf werde die Stadtvertretung informiert. Hinsichtlich der Thematik Verlängerung der Bahnsteige habe der Bahnbeauftragte Herr Kaczmarek dem Oberbürgermeister mitgeteilt, dass diese nach aktueller Planung im zweiten Halbjahr 2029 erfolgen soll. Im Gespräch sei auch der Wunsch der Stadt Neubrandenburg thematisiert worden, dass - wenn perspektivisch der Bahnhofsvorplatz durch die Stadt saniert werde - auch das Bahnhofsgebäude eine entsprechende Aufwertung erfahren sollte. Zum Thema Infrastrukturvorhaben informiert Herr Oberbürgermeister **Klose,** dass nach Fertigstellung der Brücke über den Oelmühlenbach derzeit Gespräche geführt würden, wie das Bauwerk künstlerisch aufgewertet werden könne. Als wichtige Verkehrsader mit Bezug auf das Bahnhofsumfeld sei die Heidenstraße fertiggestellt worden. Am 30.10.2026 erfolge die Eröffnung der Großen Wollweberstraße und die Instandsetzung der Bahnübergänge Bruderbruch und Morgenlandstraße sei durch die Deutsche Bahn erfolgt. Die Geschäftsführung der NEUWOGES habe informiert, dass die Arbeiten im Bereich Hochhaus Waagestraße gut voran kämen und davon ausgegangen werde, dass die Verbindung Ende 2026/ Anfang 2027 wieder für den Fußgängerverkehr nutzbar sei. Die Einschränkungen, die mit der Großbaustelle des Straßenbauamtes Neustrelitz in der Rostocker Straße verbunden

sind, hätten bisher zu keinen größeren Beschwerden geführt. Herr Oberbürgermeister **Klose** dankt allen freiwilligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung, die im Zuge der Landtagswahl im Einsatz waren, und gratuliert den neu gewählten Neubrandenburger Landtagsabgeordneten. Bezug nehmend auf die neue Buslinie Neubrandenburg-Greifswald werde der Landkreis in einer Pilotphase das Nutzungsaufkommen genau beobachten um ggf. die Taktung anzupassen. Beim Tag des Offenen Denkmals sei das Interesse am Lokschuppenareal so groß gewesen, dass im Frühjahr 2027 vorgesehen sei, weitere Führungen anzubieten. Nach gut zehn Jahren sei die Dauerausstellung in der Kunstsammlung abgebaut worden und derzeit laufe eine Sonderausstellung. Von der anschließenden Neugestaltung erhoffe sich die Stadt Strahlkraft und zahlreiche Besucher. Abschießend geht Herr Oberbürgermeister **Klose** auf die Zusammenarbeit mit den Amt Penzlin ein. Die Zusammenarbeit sei gestartet, die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung gut angekommen.

Ratsherr **Großmüller** bittet mit Blick auf die Unternehmerschaft in Neubrandenburg darum, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren, regional einzukaufen.
Herr Oberbürgermeister **Klose** bekräftigt, dass dies auch aus seiner Sicht sehr wichtig sei und verweist auf den Prozess der Neufindung der Stadtmarke, der ja mit einem Markenforum gestartet sei, bei dem viele Akteurinnen und Akteure dabei waren. Dieses Forum werde auch im nächsten Jahr fortgeführt und er lade ausdrücklich auch Unternehmerinnen und Unternehmerinnen und Unternehmer dazu ein, teilzunehmen.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Stadtpräsident Gesswein informiert:

- dass die Fraktion BSW-BFN am 14.10.2026 eine Namensänderung angezeigt hat. Sie heißt Fraktion Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft/Bürger für Neubrandenburg. Die Abkürzung BSW/BFN bleibt bestehen.
- zur Umbesetzung in Gremien (siehe Anlage 1).

Herr Oberbürgermeister Klose informiert:

- dass der Beschluss der Stadtvertretung vom 11.12.2025 zur Einführung dienstlicher E-Mail-Adressen für alle Mitglieder der Stadtvertretung (STV 10/45/2025) aufgrund der nicht gedeckten Mittel im Haushalt nicht umgesetzt werden könne.
- dass am 10.11.2026 eine Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaft geplant sei, auf der die Bevölkerungsprognose bis zum Jahre 2040 vorgestellt werden soll. Das formelle Benehmen für diese Sondersitzung werde am 05.11.2026 hergestellt.
- über die Auftragsvergabe für die Errichtung der Informationsstele für den Walk of Sport, die - sofern noch ausstehende Rückmeldungen keine umfassenden Arbeiten erfordern - ggf. noch in diesem Jahr aufgestellt werden könne.
- zum Sachstand der Umsetzung des Beschlusses STV 12/25/2026 vom 23.04.2026. Entsprechend Beschlusslage sei eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt worden, die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage der NEUWOGES mbH näher zu beleuchten und daraus Ableitungen von Handlungsfeldern und Maßnahmen entwickeln zu lassen. Bei einem Kick-off-Termin am 02.09.2026 sei ein Zeitplan vereinbart worden. Voraussichtlich könne das Endergebnis dieses Gutachtens bis Januar 2027 vorgelegt werden.
- dass zum Thema Jugendkriminalität im Haushaltsjahr 2026 100.000 EUR eingestellt worden sind, um das Thema Präventionsarbeit zu forcieren und zu strukturieren.

Nachdem sich zunächst im ersten Quartal 2026 ein Überblick über alle Maßnahmen in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und die unterschiedlichste Akteure, die mit dem Thema Präventionsarbeit speziell für Kinder und Jugendliche zu tun haben, verschafft worden sei, wurde ein Konzept zur strukturierten Präventionsarbeit erstellt. Dieses Konzept sei der Stadtvertretung im Mai 2026 als Informationsvorlage vorgelegt worden. Es gebe vor, dass ein mit dieser Thematik erfahrener und vor allem fachlich auch kompetenter Träger gesucht werden sollte, der die Maßnahmen bündeln kann. Die Vier-Tore-Stadt als Kommune trage nur einen sehr kleinen Anteil daran. Maßgeblich sei das Zutun des Landkreises und vor allem natürlich der Polizei. Dieser Träger sei gefunden worden und die Vergabe konnte zum 30.09.2026 erfolgen. Seitens der Stadt Neubrandenburg soll das Projekt die nächsten drei Jahre begleitet werden. Dementsprechend seien auch für das Haushaltsjahr 2027 die Mittel eingestellt worden. Sobald konkrete Ergebnisse der Zusammenarbeit von Landkreis, Polizei und Stadt vorlägen, werden die Akteure gemeinsam öffentlich darüber informieren.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Bromberger** hinsichtlich der nicht ausreichenden Beleuchtung in der Webasto-Arena führt Herr **Schwabe** aus, dass die Thematik schon durch den City-Manager an die Stadt herangetragen worden war. Das Problem seien die alten Leuchtstoffröhren. Eine gebotene Umrüstung auf LED, koste viel Geld, das momentan noch nicht geplant sei. Insofern werde geschaut, ob Reserven an Leuchtstoffröhren aufgetan werden können, um erstmal ausreichend Beleuchtung zu schaffen. Nach vollständiger Umstellung auf LED-Beleuchtung werde es diese Probleme nicht mehr geben. Momentan könne aber noch kein Zeitpunkt für diese Umstellung benannt werden.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** thematisiert die blaue Stele in der Großen Wollweberstraße und stellt dazu folgende Fragen:

a. Was hat die Stele gekostet?
b. Wer hat die Stele in Auftrag gegeben?
c. Wer hat die Genehmigung erteilt?

Stadtpräsident **Gesswein** sagt die schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.
Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VIII/0160**.

Ratsherr **Herrmann** bittet darum, dass die schriftlichen Antworten, die die Bürger auf ihre Fragen in der Einwohnerfragestunde erhalten auch den Fraktionen bzw. den Ratsfrauen und Ratsherren zugänglich gemacht werden.
Des Weiteren äußert er sein Unverständnis, dass einige der anwesenden Mitglieder der Stadtvertretung sich nicht an Abstimmungen beteiligen.

Stadtpräsident **Gesswein** stellt klar, dass niemand zur Abstimmung gezwungen werden könne. Frau **Rathsack** gibt dem Stadtpräsidenten recht, appelliert aber an alle Ratsfrauen und Ratsherren, die gebotene Abstimmungsmöglichkeit zu nutzen. Dadurch das jemand nicht elektronisch abstimme, werde aber ein Beschluss nicht ungültig. Problematisch sei es nur, wenn jemand von der Abstimmung ausgeschlossen würde. Wenn aber für jeden die Möglichkeit der Abstimmung besteht und dann jemand nicht mitmacht, sei dies im Grunde eine Stimmenthaltung.

Bezüglich der angefragten Zugänglichmachung der Antworten aus der Einwohnerfragestunde sagt Stadtpräsident **Gesswein** Prüfung zu.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Schwanke**, warum am Tag der Deutscher Einheit am Rathaus keine Beflaggung erfolgt sei, entschuldigt sich Herr Oberbürgermeister **Klose**.
Selbstverständlich gelte auch in Neubrandenburg die Anordnung, am höchsten deutschen Feiertag zu beflaggen. Da allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die am 03.10.2026 im

Dienst waren, beim Festakt in der Konzertkirche gebunden waren, wurde der Auftrag die Beflaggung vorzunehmen an den Wachschutz weitergeleitet und versehentlich nicht ausgeführt. An welcher Stelle die Auftragsvergabe gehakt habe, sei nicht mehr festzustellen. Klargestellt werde aber, dass es sich um ein Versehen handele.

Stadtpräsident **Gesswein** schließt den Tagesordnungspunkt, da es keine weiteren Wortmeldung gibt.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 7 auf und schlägt vor die Beschlussvorlagen zum Doppischen Haushaltsplan (BV/VIII/0355 und BV/VIII/0356) in verbundener Aussprache zu behandeln.
Er informiert darüber, dass die Fraktion Projekt NB verbundene Aussprache für die Tagesordnungspunkte 18 bis 23 (BV/VIII/0357, BV/VIII/0358, BV/VIII/0360, BV/VIII/0361, BV/VIII/0362 und BV/VIII/0364) beantragt hat.

Stadtpräsident **Gesswein** bittet um Nachtrag eines Änderungsblattes zu BV/VIII/0347 (TOP 16) und eines Änderungsantrages Nr.1 der Fraktion SPD/Grüne zu BV/VIII/0389 (TOP 12).

Mitwirkungsverbote werden festgestellt für:

TOP 19	Ratsherrn Borchert,
TOP 26	Ratsfrauen Hundt, Schöler und Strelow sowie die Ratsherren Albrecht, Bromberger, Hahne, Gesswein und Reinders,
TOP 28	die Ratsherren Fink, Giermann, Jaschinski, Prof. Dr. Oppermann, Heiko Schröder, Thomas Schröder, Schnell und Schwanke,
TOP 30	die Ratsherren Fink, Kreutzer, Kuhnert, Schnell und Stieber.

Namentliche Abstimmung wurde beantragt von der Fraktion Projekt NB zu den Tagesordnungspunkten 18 bis 23 (BV/VIII/0357, BV/VIII/0358, BV/VIII/0360, BV/VIII/0361, BV/VIII/0362 und BV/VIII/0364) sowie zum Tagesordnungspunkt 28 (BV/VIII/0331).

Anträge auf Rederecht liegen vor für:

- Herrn Frank Benischke, Geschäftsführer NEUWOGES, zu BV/VIII/0364, BV/VIII/0331, BV/VIII/0324, BV/VIII/0357, BV/VIII/0361,
- Herrn Michael Wendelstorf, Geschäftsführer NEUWOGES, zu BV/VIII/0331, BV/VIII/0324,
- Frau Anke Saadan, Geschäftsführerin Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH, BV/VIII/0357,
- Herrn Ingo Meyer, Sprecher der Geschäftsführung neu.sw, zu BV/VIII/0326, BV/VIII/0327, BV/VIII/0333,
- Herrn Reinhold Hüls, technischer Geschäftsführer neu.sw, zu BV/VIII/0360, BV/VIII/0329, BV/VIII/0326, BV/VIII/0327, BV/VIII/0333,
- Herrn Heinrich Nostheide, Vorsitzender des Aufsichtsrates neu.sw, zu BV/VIII/0326.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über Erteilung der Rederechte abstimmen.
Abstimmungsergebnis: Diese werden einstimmig bestätigt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Tagesordnung abstimmen.
Abstimmungsergebnis: Diese wird einstimmig bestätigt.

TOP 8 öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung des ÖPNV auf den Landkreis

MSE
Vorlage: BV/VIII/0329 – 5 Änderungsblätter

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 8 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr **Kreutzer** nimmt Bezug auf die Sondersitzung des Finanzausschusses zu diesem Thema. Offensichtlich waren seitens des Landkreises MSE die finanziellen Auswirkungen des Vertrages nicht hinreichend bedacht worden. Die Idee war, durch Übernahme der Busse und der Busfahrer der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe Geld zu sparen. Rund 500.000 Euro sollten durch die Übernahme beim Overhead eingespart werden und dem Landkreis die Busfahrten seiner Einwohner billiger machen. Nun zahle zunächst die MVVG an die Neubrandburger Stadtwerke einen vorläufigen Kaufpreis von 4,713 Millionen Euro. Damit habe der Landkreis nicht gerechnet, zumal er eigentlich nur Teile der Neubrandenburger Verkehrsbetriebe wollte und nicht die ganze Firma. Aber die Gesetzeslage war eine andere und die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg habe gut verhandelt. Zusätzlich entfalle durch die Herauslösung der Verkehrsbetriebe aus den Neubrandenburger Stadtwerken der sogenannte steuerliche Querverbund. Das bedeute, in der Gesamtbetrachtung gehe jetzt eine Million Euro verloren, die man sich bisher steuerlich geholt habe.
Ratsherr **Kreutzer** führt aus, dass ihm in den bisher vorliegenden öffentlichen Unterlagen des Kreises eine nachvollziehbare Gesamtrechnung, bezifferte steuerliche Folgen sowie eine belastbare Gegenüberstellung von Einsparungen und Mehrbelastungen fehle.
Er bedauere, dass die Stadt Neubrandenburg den ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr selbst erbringen können und damit auch weniger Einfluss auf die Gestaltung der Fahrpläne vorliege. Aber der Landkreis habe entschieden, zukünftig diese Aufgabe selbst auszuüben. Er bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung für die gute Verhandlung und bei den Mitarbeitenden der Verkehrsbetriebe für ihre bisherige Arbeit. Die Fraktion BSW/BfN werde der Beschlussvorlage zustimmen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** hat Nachfragen zur Beschlussvorlage. Er fragt, ob die unter Punkt 5 aufgeführte Stammkapitalentnahme für den Überleitungsvertrag zwingend notwendig sei, oder ob sie zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden könne. Des Weiteren möchte er wissen, ob durch diese Stammkapitalentnahme irgendwelche Governance von laufenden Kreditverträgen tangiert werden? Und falls ja, welche Auswirkungen sich dann ergeben? Und falls nein, ob es damit Auswirkungen auf zukünftige Kreditverträge gäbe? Denn das Stammkapital sei immer ein extrem hohes Gewicht für die Banken in Bezug auf Sicherheit. Außerdem möchte er wissen, ob die Gläubiger von bestehenden Kreditverträgen über diese, geplante Stammkapitalentnahme bereits vorinformiert worden seien. An den Antworten würde die Fraktion Projekt NB die Zustimmung zur Vorlage festmachen, oder aber einen Änderungsantrag einbringen, Punkt 5 der Beschlussvorlage zu streichen und auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen.

Frau **Rathsack** führt aus, dass der Beschusspunkt 5 nicht zwingend sei. Es müsse auch nicht zwingend im Wege einer Stammkapitalherabsetzung an die Stadt ausgekehrt werden. Auswirkungen auf laufende Kreditverträge verneint sie, da bei diesen die Konditionen ausgehandelt seien. Bei zukünftigen Kreditverträgen sei es nicht vollkommen ausgeschlossen, dass ein geringeres Stammkapital eine geringere Bonität nach sich ziehe.

Ratsfrau **Muth** stimmt den Ausführungen von Ratsherrn **Kreutzer** zu. Bis heute erschließe sich ihr das Handeln des Landkreises nicht. Sie habe Befürchtungen, dass sich die Konsequenzen erst in zwei bis drei Jahren zeigen werden und diese von den Bürgerinnen und Bürgern, die Bus fahren, zu tragen seien. Auf ihre Nachfrage bezüglich der Zukunft der Schülerfahrkarte Plus, die Ende dieses Jahres auslaufe, antwortet Ratsherr **Bromberger**, dass im Kreistag mitgeteilt worden sei, dass die Schülerinnen und Schüler ab dem 01.01.2027 ein Deutschlandticket erhalten würden.

Ratsherr **Bromberger** appelliert an alle Mitglieder des Kreistages im Sinne der Stadt Neubrandenburg Einfluss auf den Nahverkehrsplan zu nehmen.

Ratsherr **Jaschinski** bitte um eine differenzierte Betrachtung von Stammkapital und Eigenkapital.

Ratsherr **Heiko Schröder** geht auf die Diskussion im Finanzausschuss ein. In dieser sei erklärt worden, dass die Kapitalherabsetzung vorgesehen sei, weil sie steuerfrei ausgeschüttet werden könne. Sofern eine Ausschüttung aus dem Eigenkapital erfolgen würde, sei eine Kapitalertragssteuer in Höhe von 25 Prozent zu zahlen. Verwundert sei er, dass der Aufsichtsrat bisher noch nicht über den Vertrag abgestimmt habe. Das Votum des Aufsichtsrates wäre ihm im Vorfeld wichtig gewesen. Als nicht zufriedenstellend betrachte er die Bewertung der E-Busse. Hier appelliere er an die Verwaltung, diese zu niedrige Bewertung nochmal zu prüfen und vielleicht zu korrigieren bevor der Kaufpreis am 31.12.2026 feststehe.

Ratsherr **Hanson** spricht sich dafür aus, den Punkt 5 zu streichen. Dieser müsse an anderer Stelle, nämlich im Zusammenhang mit dem Finanz- und Wirtschaftsplan der Neubrandenburger Stadtwerke der nächsten Jahre behandelt werden.

Ratsherr **Stieber** führt aus, dass seit der Kreisgebietsreform 2011 die gesetzliche Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr beim Landkreis liege, auch für das Stadtgebiet Neubrandenburg. Dass Neubrandenburg diese Aufgabe weiterhin selbst wahrgenommen habe, beruhte auf einer vertraglichen Vereinbarung, die jetzt auslaufe. Insofern sei die Entscheidung nicht, ob die Zuständigkeit für den Nahverkehr abgegeben würde, sondern wie mit den Folgen der bereits bestehenden Zuständigkeit umgegangen werde. Auch die Fraktion SPD/Grüne bedauere, dass Neubrandenburg künftig ein Stück unmittelbarer Einflussnahme verliere. Die ausgehandelte Vereinbarung schaffe erstmal nur die Grundlage für einen geordneten Übergang. Sie regele die Übertragung der Vermögenswerte und sehe einen angemessenen finanziellen Ausgleich vor. Entscheidend sei aber das, was dann daraus gemacht werde. Denn für die Neubrandenburgerinnen und die Neubrandenburger sei nicht entscheidend, welche Gesellschaft den Bus betreibe. Entscheidend sei, ob er zuverlässig fährt, ob die Anschlüsse funktionieren, ob die Stadtgebiete miteinander vernetzt sind und ob die Fahrpreise weiter bezahlbar sind. Als Oberzentrum bestünden besondere Anforderungen an einen leistungsfähigen Stadtverkehr. Die Fraktion SPD/Grüne wird der Vorlage nach sorgfältiger Abwägung zustimmen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** stellt den Änderungsantrag, den Punkt 5 aus der Beschlussvorlage zu streichen. Außerdem beantragt er **namentliche Abstimmung**.

Ratsherr **Kracht** äußert, dass seiner Ansicht nach sowohl die Stadt als auch der Kreis mit dem Stand der Verhandlungen und der Verträge zufrieden seien. Die AfD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsherr **Bromberger** bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Folgen, falls der Beschlusspunkt 5 gestrichen werde.

Frau **Rathsack** stellt dar, dass der Beschlusspunkt 5 zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden könne. Sofern dies nicht geschehe, könnten diese 2.461.428,96 Euro nicht für den städtischen Haushalt vereinnahmt werden. Selbst falls Einigung hinsichtlich einer Sonderausschüttung erfolgen sollte, würde dann eine Steuer in Höhe von 25 Prozent anfallen. Letztlich sei dies aber eine politische Entscheidung.

Auf Bitte von Ratsherrn **Dr. Kubetschek** um Information, wie lange sich ein Verfahren nach § 58 GmbH-Gesetz hinziehen würde wenn die Stammkapitalentnahme nach Satz 5 beschlossen werde, antwortet Frau **Rathsack**, dass mit einem guten Jahr zu rechnen sei.

Das bedeute, dass das Geld im Haushaltsjahr 2028 zufließe. Wie stark die Verzögerung sei, hänge davon ab, wann der Beschluss erfolge.

Ratsherr **Bromberger** beantragt eine Pause vor der Abstimmung.

Es folgt eine Pause von 16:58 Uhr bis 17:06 Uhr.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache, verliest nochmals den Änderungsantrag der Fraktion Projekt NB, nach dem der Punkt 5 ersatzlos zu streichen sei, und lässt

über diesen Änderungsantrag Nr. 1 abstimmen (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 2)

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und sieben Stimmenthaltungen abgelehnt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 3)

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 26 Dafürstimmen und 4 Gegenstimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/8/2026**

TOP 9 Nachtrags-Wirtschaftsplan 2026 der Theater und Orchester Neubrandenburg/Neustrelitz GmbH
Vorlage: BV/VIII/0335

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 9 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt keine Wortmeldung.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/9/2026**

TOP 10 Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: BV/VIII/0352

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 10 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt keine Wortmeldung.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/10/2026**

TOP 11 Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand eines Beamten auf Zeit
Vorlage: BV/VIII/0348

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 11 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt keine Wortmeldung.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 31 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/11/2026**

TOP 12 Verwendung der Mittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKiFG)
Vorlage: BV/VIII/0349

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 12 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr **Stieber** geht auf den Änderungsantrag der Fraktion SPD/Grüne ein, der den Vorschlag enthält, den Ankauf der Sporthalle Am Anger aus der Projektliste zu streichen und stattdessen mehrere andere Vorhaben zu finanzieren. Unter anderem solle, sofern aus den Mitteln des LuKiFG förderfähig, die im Jahr 2025 durch die Stadtvertretung beschlossene Schaffung von Schatten- und Sitzplätzen auf dem Marktplatz umgesetzt werden. Er wirbt ausdrücklich um Zustimmung für den Änderungsantrag. Damit würden mehrere Projekte für den Schul- und Freizeitsport, für Kinder und Jugendliche, für die Kultur, für Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe sowie für eine lebenswertere Innenstadt ermöglicht und die Mittel aus dem Sondervermögen kämen vielen Einwohnerinnen und Einwohnern zugute.

Ratsherr **Herrmann** kann den vorgeschlagenen Ausbau der Straße am Augustabad bis zum Buchenweg nicht nachvollziehen. Es gäbe am See einen befestigten Fußweg, der genutzt werden könne, Parkplatzbedarf bestehe nur saisonbedingt bzw. tageweise. Insofern solle darüber nachgedacht werden, das Geld an anderer Stelle sinnvoll zu investieren.

Ratsherr **Großmüller** spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus. Mit Inanspruchnahme von Geldern aus diesem Strukturfonds würden künftige Generationen belastet werden.

Herr Oberbürgermeister **Klose** merkt an, dass rechtlich zu prüfen sei, ob hier möglicherweise ein Mitwirkungsverbot vorliege. Sofern die Prüfung dies ergäbe, sei er gezwungen, Widerspruch gegen den Beschluss einzulegen und die Beschlussvorlage müsste auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung genommen werden.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion SPD/Grüne abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Dem Änderungsantrag wird mit 27 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen zugestimmt.

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 27 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/12/2026**

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 13 Doppischer Haushaltsplan 2027 Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt Band 2 Stellenplan Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VIII/0355

Stadtpräsident **Gesswein** ruft die TOP 13 und 14 auf und eröffnet die Aussprache.

Herr Oberbürgermeister **Klose** stellt den Entwurf des Haushaltplanes 2027 anhand einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache.

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

TOP 14 Doppischer Haushaltsplan 2027 Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VIII/0356

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

TOP 15 Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VIII/0339

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 15 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Die Nachfrage von Ratsherrn **Dr. Kubetschek**, ob durch das Setzen von neuen Biotopgrenzen Bebauungsgebiete, in denen Gewerbegebiete ausgeschrieben sind, in ihrer Funktionalität eingeschränkt werden, wird durch Herrn Oberbürgermeister **Klose** verneint.

Ratsherr **Stieber** dankt der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit zur Neuaufstellung des Planes. Im zuständigen Fachausschuss sei nochmals das Thema Ortsumgehung angesprochen und ausdrücklich nach Untersuchung der Auswirkungen der geplanten Trassen auf die empfindlichen Naturräume, insbesondere im Tollensetal sowie in den geschützten Bereichen rund um Eiskeller und Brauereikeller gefragt worden. Die Fragen seien ausführlich durch die Verwaltung beantwortet worden, auch wenn konkrete Auswirkungen auf sensible Naturräume noch nicht wirklich abschließend geklärt seien. Die Fraktion sehe die Notwendigkeit der lange umstrittenen Straßenverbindung nach wie vor kritisch.
Andererseits werde mit dieser Vorlage nicht über den Bau einer Ortsumgehung entschieden, es werde keine Baugenehmigung erteilt und auch keine abschließende Entscheidung über deren Umweltverträglichkeit getroffen. Vielmehr werde mit der Vorlage über einen Entwurf entschieden, der öffentlich ausgelegt werden soll und zu dem Bürgerinnen und Bürger, Behörden und weitere Beteiligte ihre Stellungnahmen abgeben können. Die Neuaufstellung des Landschaftsplanes sei ein wichtiges Planungsinstrument, das der Stadt weit über diesen einzelnen aufgeworfenen Streitpunkt hinaus helfen werde. Deshalb werde die Fraktion SPD/Grüne nach intensiver Diskussion und sorgfältiger Abwägung der Beschlussvorlage zustimmen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** führt aus, dass der eingezeichnete Umgehungsstraßen-Bestandteil des Flächennutzungsplanes ein Pfand für die Zukunft sei und die Möglichkeit eröffne, später in diesem Bereich etwas zu machen.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 30 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/15/2026**

TOP 16 Bebauungsplan Nr. 38 "Ortsteil Fritscheshof", 1. Änderung, hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/VIII/0347 – 1 Änderungsblatt

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 16 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldung:

Ratsherr **Herrmann** appelliert an die Ratsfrauen und Ratsherren, der Vorlage nicht zuzustimmen.
Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 25 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/16/2026**

TOP 17 Erweiterung der Öffnungszeiten der öffentlichen Toilettenanlage am Augustabad in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VIII/0350

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 17 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr **Heiko Schröder** bringt die Fraktionsvorlage der CDUplus-Fraktion ein und wirbt um Zustimmung der Ratsfrauen und Ratsherren. Hinsichtlich der Winteröffnungszeiten bitte er die Verwaltung zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten bestehen, ggf. durch den Einbau von Wandheizgeräten auf Elektrobasis die Anlage auch in der kalten Jahreszeit zu öffnen.

Auch Ratsherr **Herrmann** spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, eine kostenoptimierte Lösung für die Öffnung der Anlage im Winter zu finden.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 31 Ja-Stimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/17/2026**

Die Tagesordnungspunkte 18 bis 23 werden in verbundener Aussprache behandelt.
Ratsherr Borchert verlässt den Abstimmungsbereich.

TOP 18 Veräußerung der Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH "Max Adrion" durch die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges) und Änderung des Gesellschaftsvertrages Vorlage: BV/VIII/0357

Stadtpräsident **Gesswein** ruft die TOP 18 bis 23 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr **Hanson** führt aus, dass die eingebrachten Vorlagen vor dem Hintergrund der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen sowie den Einrichtungen zu betrachten seien. Bezug nehmend auf den Haushaltsplan 2026/2027 zeige dieser deutlich einen Verlust von über 20 Millionen Euro. Das könne nicht von einer einzelnen Fraktion, sondern müsse gemeinsam gelöst werden. Nach neun gemeinsamen Tagungen der Arbeitsgruppe des Finanzausschusses in diesem Jahr seien leider keine konkreten Empfehlungen entstanden, weshalb nun die Politik entscheiden müsse.

Eine der sechs eingereichten Beschlussvorlagen betreffe das Parkhaus am Pferdemarkt, das rund 10 Millionen Euro gekostet habe und jährlich etwa 400.000 Euro Verlust verursache. Bei bisher aufgelaufenen rund 2,3 Millionen Euro Minus und einer geringen Auslastung solle in einem offenen Verfahren geprüft werden, ob ein Verkauf mindestens zum Gutachterwert wirtschaftlich sinnvoll sei, wobei das Parkhaus öffentlich nutzbar bleiben solle. Hinsichtlich der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft (NEUWOGES), die zu 100 Prozent der Stadt gehöre, verweise Ratsherr Hanson auf die vom Oberbürgermeister angekündigte Prüfung der wirtschaftlichen Lage. Dabei seien insbesondere die Vermögensstruktur, die Bevölkerungsentwicklung und Risiken zu berücksichtigen. Die Ergebnisse würden Anfang 2027 vorliegen.
Zum Pflegeheim „Max Adrion“ erklärt Ratsherr Hanson, dass es bereits heute unzählige Pflege- und Pflegedienstanbieter in und um Neubrandenburg gebe. Hierbei besetze das eigene kommunale Unternehmen Spitzenplätze in den eingenommenen monatlichen Beiträgen. Daher werde ein Verkauf vorgeschlagen, aber nur unter klaren Bedingungen. Dazu gehörten insbesondere eine mindestens zehnjährige Fortführung des Heimbetriebes, die Übernahme der Beschäftigten sowie der Fortbestand der bestehenden Heimverträge. Auch gemeinnützige Träger und Wohlfahrtsverbände sollten sich beteiligen können. Die Entscheidung über den Verkauf obliege letztlich der Stadtvertretung.
Zur Grundschule Süd merkt Ratsherr Hanson an, dass für einen Neubau bislang rund 28 Millionen Euro vorgesehen seien. Es solle geprüft werden, ob eine Sanierung und Modernisierung des bestehenden Gebäudes mit geringerem finanziellem Aufwand möglich sei und den Anforderungen weiterhin gerecht werde. Angesichts des jährlichen Bevölkerungsrückgangs von etwa 650 bis 800 Einwohnern müssten langfristige Entwicklungen und weitere anstehende Großprojekte bei der Investitionsplanung berücksichtigt werden.
Im Zusammenhang mit der Wärmewende führt Ratsherr Hanson aus, dass die Stadtwerke inzwischen mit rund 860 Millionen Euro rechneten. Die Rede sei über ein Bilanzvolumen einer städtischen Gesellschaft in Höhe von etwa 450 bis 500 Millionen Euro. Die tatsächlichen Kosten und deren Finanzierung seien bislang nicht ausreichend geklärt. Daher solle geprüft werden, welcher Finanzbedarf in welchem Zeitraum entstehe und wie die Umsetzung wirtschaftlich gestaltet werden könne und was es für den einzelnen Menschen der Stadt bedeute. Daher werde vorgeschlagen, einen Finanzierungsplan zu erarbeiten.
Zur Verwaltung erklärt Ratsherr Hanson, dass eine leistungsfähige und moderne Verwaltung erforderlich sei. Vorgeschlagen werde, Stellen durch natürliche Fluktuation und altersbedingtes Ausscheiden abzubauen, ohne Kündigungen auszusprechen. Gleichzeitig sollten Aufgaben überprüft, Abläufe modernisiert und die Digitalisierung vorangetrieben werden.
Abschließend betont Ratsherr Hanson, dass die Stadt vor erheblichen finanziellen Herausforderungen stehe. Neben den genannten Vorhaben seien weitere Großprojekte, darunter die Schwimmhalle, das digitale Innovationszentrum am Lokschuppen, das Jahnsportforum sowie über die Grundschule Süd, zu berücksichtigen. Da nicht alle Projekte gleichzeitig finanziert werden könnten, seien Prioritäten zu setzen. Das strukturelle Haushaltsdefizit, verlustbringende Geschäftsfelder in städtischen Beteiligungsgesellschaften und große Investitionen ohne gesicherte Finanzierung müssten offen angesprochen und kritisch geprüft werden. Er appelliere an die Stadtvertretung, konstruktiv über notwendige Maßnahmen zu beraten und gemeinsam verantwortungsvolle Lösungen für die finanzielle Zukunft der Stadt zu entwickeln. Vor allem gehe es um die Bürgerinnen und die Bürger, die Unternehmen und alle die, die sich in dieser Stadt wohlfühlen sollen, auch in der Zukunft.

Ratsherr **Kreutzer** merkt gegenüber Ratsherrn Hermann an, dass dieser mehrmals betont habe, dass eine Vorlage zum Tagesordnungspunkt 12 in dem Ausschuss, in dem er war, nicht beraten wurde. Festzuhalten sei, dass keine seiner eingereichten Vorlagen in Ausschüssen beraten wurde. Bei so weitreichenden Vorlagen sei eine frühzeitige Beratung in den Fachausschüssen für eine sachliche Auseinandersetzung wünschenswert. Im Hinblick auf die eilig eingereichte Vorlage zum Verkauf des Pflegeheims „Max Adrion“ seien die Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Augen zu führen. Er hätte es

befürwortet, bei so einer Vorlage etwas mehr Feingefühl zu zeigen und das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen. Laut der Auffassung der Fraktion Projekt NB brauche es keine eigene Pflegeeinrichtung der Stadt, da es genug private Anbieter gebe. Das dürfe kein Maßstab dafür sein, ob eine Stadt selbst soziale Verantwortung übernehme oder nicht. Für die BSW/BfN-Fraktion sei die Antwort klar, Pflege gehöre in die Hände der Gesellschaft und nicht in die Hände des Marktes. Mögliche wirtschaftliche Interessen von Investoren dürften nicht mit den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen konkurrieren. Sicher gebe es auch viele gute gemeinnützige Betreiber und private Betreiber, aber auch den kommunalen Betrieb des Pflegeheims. Laut Sozialgesetzbuch Nummer 5 sei genau das ausdrücklich erwünscht, eine Betreiberdiversität. Außerdem weise die Kommunalverfassung den Gemeinden die Aufgabe der gesundheitlichen und sozialen Betreuung ausdrücklich zu. Zudem sei die wirtschaftliche Begründung des Antrages nicht ausreichend nachvollziehbar. Die in Aussicht gestellten 6,5 Millionen Euro seien nicht hinreichend belegt. Darüber hinaus fehlten verbindliche Zusagen zur langfristigen Sicherung der Pflegeplätze, zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und zur Fortführung des ambulanten Pflegedienstes. Da die Einrichtung und der ambulante Pflegedienst keine roten Zahlen mehr schreiben, sei die Notwendigkeit eines Verkaufs nicht erkennbar. Das strukturelle Defizit könne nicht mit dem Verkauf gesellschaftlichen Eigentums erzielt werden, weil eine gemeinnützige GmbH anders zu behandeln sei. Die Fraktion BSW/BfN lehne den Antrag ab und plädiere für eine Rücknahme der Vorlage.

Ratsfrau **Schöler** merkt an, dass bei finanziellen Entscheidungen zwar auf die Haushaltslage geachtet werden müsse, kommunale Einrichtungen jedoch nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien geführt und bewertet werden dürften. Eine Stadt müsse Verantwortung für die kernkommunale Daseinsvorsorge und die Lebensqualität ihrer Einwohner übernehmen. Insbesondere Pflegeeinrichtungen, Schulen und andere soziale Angebote müssten als Teil der öffentlichen Verantwortung betrachtet werden. Solide Finanzen seien wichtig, dürften jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Vielmehr müsse bei Entscheidungen stets berücksichtigt werden, welche Auswirkungen diese auf die Menschen in der Stadt haben.

Ratsherr **Stieber** führt aus, mehrere der vorliegenden Anträge seien aus seiner Sicht nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet. Beschlussvorlagen müssten eindeutig formuliert sein und klar erkennen lassen, wer bis wann und unter welchen Rahmenbedingungen womit beauftragt werden solle. Mehr benötige ein Beschlusstext nicht. Die Verwaltung müsse erkennen, was zu tun sei, und die Stadtvertretung müsse wissen, worüber abgestimmt werde. Politische Absichten, Sachverhaltsdarstellungen, Bewertungen und konkrete Arbeitsaufträge dürften nicht miteinander vermischt werden. Weiterhin merkt er an, dass bei mehreren Anträgen das gewünschte Ergebnis bereits vor Abschluss der erforderlichen Prüfung feststehe. Zunächst müsse geprüft und bewertet werden, bevor eine Entscheidung getroffen werden könne. Dies betreffe unter anderem den Abbau von Stellen, das Stoppen von Investitionsvorhaben sowie mögliche Veräußerungen von Geschäftsbereichen. Entscheidungen über kommunale Unternehmen und erhebliche finanzielle Auswirkungen dürften zudem nicht auf unvollständigen oder nicht belastbaren Zahlen beruhen. Das betreffe die Verkaufserlöse sowie die Parkraumbewirtschaftung. Darüber hinaus weist er weiter darauf hin, dass eine angemessene Beteiligung der betroffenen Unternehmen, Gremien und weiteren Beteiligten erforderlich sei. Angesichts der Haushaltslage müsse zwar über Einsparungen, Investitionen und die Zukunft kommunaler Unternehmen gesprochen werden, die entsprechenden Beschlussvorlagen müssten jedoch nachvollziehbar begründet, sorgfältig vorbereitet und eindeutig formuliert sein. Fehlerhafte Zahlen, nicht existierende Beschlusspunkte wie ein 31. Juni oder fehlende wirtschaftliche Zusammenhänge seien dabei mehr als bloße redaktionelle Fehler. Die Fraktion habe sich mit allen sechs Anträgen befasst und erkenne darin zwar einzelne diskussionswürdige Anliegen, halte diese jedoch in der vorliegenden Form nicht für beschlussfähig. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion die sechs Anträge ablehnen.

Ratsherr **Kuhnert** führt aus, dass eine Stadt kein Unternehmen sei. Er stehe hier als Stadtvertreter, arbeite aber durch seine Entsendung in den Aufsichtsrat der Neubrandenburger Stadtwerke (neu.sw) seit Jahren eng mit deren Geschäftsführung zusammen. Daher wisse er, dass dort strukturiert und mit einem klaren Plan für die Umsetzung und Finanzierung der kommunalen Wärmeplanung gearbeitet werde. Er erinnert daran, dass die Stadtvertretung die kommunale Wärmeplanung vor wenigen Monaten beschlossen habe. Die Stadtvertretung sei sich dabei bewusst gewesen, dass dies eine enorme Herausforderung für die Stadtwerke darstelle. Ergänzend sei bereits im Vorjahr die Strategie „neu.sw 2035“ verabschiedet worden. Zudem habe die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Beteiligungsmanagement der Stadt und dem Aufsichtsrat die strategische Langfristplanung bis 2045 initiiert und dafür die Beratungsgesellschaft BET aus Aachen eingebunden. Die ersten Ergebnisse und das erarbeitete Finanzmodell seien dem Aufsichtsrat im September vorgestellt worden. Es gebe zwar noch offene Themen wie die Identifizierung von Finanzierungsoptionen, jedoch befänden sich die Stadtwerke bereits mitten im Prozess der wirtschaftlichen Bewertung dieses Transformationsprozesses. Die Wärmeplanungsstrategie 2035 und die Langfristplanung 2045 bauten aufeinander auf. Die vorliegende Beschlussvorlage greife zwar einige Punkte der Aufgaben auf, die Stadtwerke seien jedoch bereits in enger Abstimmung auf dem richtigen Weg. Er spricht der Geschäftsführung und dem Management sein volles Vertrauen aus und fordert die Mitglieder der Stadtvertretung auf, dies ebenfalls zu tun. Die Stadtvertretung werde als Gremium der Gesellschafter ohnehin umfassend informiert und bei Bedarf in Entscheidungen einbezogen. Aus Sicht seiner Fraktion sei dieser Beschluss daher nicht notwendig. Er kündigt an, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, und fordert die Anwesenden auf, es ihnen gleichzutun.

Ratsherr **Jaschinski** erläutert aus Sicht des Aufsichtsrates die Gründe für die ablehnende Haltung zu den betreffenden Beschlussvorschlägen. Hinsichtlich des Pflegeheims weist er auf erhebliche finanzielle Risiken bei einer Veräußerung der gGmbH hin. Bei einem Verkaufserlös von mehr als 882.000 Euro entfalle der bisherige steuerliche Vorteil und eine Nachversteuerung werde erforderlich. Zudem könne die vorgesehene Abweichung vom TVöD zu zusätzlichen Belastungen bei der kommunalen Zusatzversorgungskasse von rund 1,5 Millionen Euro führen. Auch eine Entnahme aus dem Stammkapital werde kritisch bewertet. Ein weiterer Kritikpunkt betreffe die Parkraumbewirtschaftung. Das ohnehin defizitäre Parkhaus Pferdemarkt solle laut Vorschlag mit Verlust verkauft werden. Die Stadt nehme sich damit für die Zukunft die Einnahmen aus eigentlich gewinnbringenden Bereichen. Unklar und mit finanziellen Risiken behaftet seien zudem die Regelungen zu Garagenkomplexen, Stellflächen und separaten Mietverträgen für Mieter der Wohnungsgesellschaft. Weiterhin erläutert er, dass die für die Wohnungsgesellschaft beauftragte Begutachtung noch nicht abgeschlossen sei. Die erforderlichen Unterlagen seien dem Gutachter zur Verfügung gestellt worden; mit entsprechenden Ergebnissen sei voraussichtlich erst zum Jahresende zu rechnen, dann auch unter Berücksichtigung der bis dahin vorliegenden Planungszahlen für 2027. Dabei solle auch die Parkraumbewirtschaftung erneut begutachtet werden. Auf dieser Grundlage könne eine vernünftige Bewertung durch die Stadtvertretung erfolgen. Hinsichtlich der Pflegeheimgesellschaft weist er darauf hin, dass der Wirtschaftsplan bis 2030 Gewinne ausweise und aus Sicht des Aufsichtsrates daher bis dahin kein wesentliches finanzielles Risiko bestehe.

Ratsherr Großmüller führt aus, er verstehe die sechs Anträge als Denkanstöße zur Kostenreduzierung in der Stadt. Er kritisiert, dass dieser Aspekt in den bisherigen Wortbeiträgen nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Nach seiner Darstellung habe die Politik der vergangenen Jahre seit 2021 jährliche Mehrkosten von rund 80 Millionen Euro für die Haushalte verursacht, weshalb es an eigenen Ideen zur Haushaltssanierung fehle. Der Behauptung, eine Stadt sei kein Unternehmen, hält er entgegen, dass ein solides unternehmerisches Fundament für die Zukunft der Stadt erforderlich sei. Statt die Vorschläge nur kleinzureden, regt er die anderen Fraktionen an, eigene Beschlüsse einzubringen.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** bezieht sich auf die Beschlussvorlage Pflegeheim und merkt an, dass der Inhalt in irgendeiner Art und Weise Bestandteil der Arbeitsgruppe Finanzkonsolidierung gewesen sei und von dort kein substanzielles Ergebnis vorliege. Die Verwaltung sehe die Politik in der Verantwortung, was die Fraktion zu dieser Vorlage veranlasst habe. Es müssten alle auf die Finanzen schauen, da es um 2,5 Millionen Euro mehr oder weniger Zinsen aufgrund bestehender Verbindlichkeiten gehe. Diese Zinsbelastungen drohten durch die namentliche Ablehnung des vorangegangenen Änderungsantrags. Die finanziellen Auswirkungen seien erheblich. Durch den Entzug von Stammkapital drohe eine Erhöhung des Zinsrisikos um 0,25 Prozent. Ratsherr Dr. Kubetschek führt weiter aus, die kommunale Wärmeplanung sowie die Strategie neu.sw 2035 seien von der Stadtvertretung beschlossen worden. Es sei damals vergeblich darauf hingewiesen worden, dass ohne eine Darstellung der Auswirkungen auf die Bürger und ohne ein geprüftes Finanzierungskonzept keine Zustimmung erfolgen könne. Nun zeigten sich unklare Punkte bei der Finanzierung, den Fristen und der Allokation von Finanzmitteln, was letztlich den Bürger finanziell belaste. Es gehe bei dem gesamten Vorhaben um Sicherheit, Belastbarkeit, Verlässlichkeit, Transparenz und Kompetenz.

Ratsfrau **Paulitschke** betont, sie arbeite seit 20 Jahren in der Pflege und vertrete die Ansicht, dass stationäre Pflege mit ambulanter Pflege verzahnt werden müsse. Eine gGmbH sei in diesem Kontext scheinbar nichts wert. Durch das aktuelle Vorgehen entstehe Unsicherheit in der Belegschaft. Sie habe die Vorlage einer Marktanalyse verlangt und kritisiere, dass es keine klaren Darlegungen zur zukünftigen Pflegequalität gebe, insbesondere angesichts der hohen Kosten für die Kundschaft. Für das ab 2027 greifende Gesetz zur Pflegereform wünsche sie den Beschäftigten viel Mut und Kraft.

Ratsfrau **Dr. Balschat** nimmt Bezug zum Pflegeheim und äußert, dass sie voll hinter den Kollegen des Pflegeheims Neubrandenburg stehe. Die Einrichtung leiste tolle Arbeit und schreibe keine roten Zahlen. Bezüglich der Anträge zur Verwaltungsmodernisierung und der Personalwirtschaftsreduzierung des Stellenplans führt sie aus, dass eine Kürzung um 100 Stellen in den Haushaltsjahren 2027 bis 2029 genau überdacht werden müsse. Personalkosten seien zwar ein hoher Posten im Haushalt, jedoch fehle für den Abbau von 100 Stellen eine fundierte Begründung. Weiterhin rechnet sie vor, dass bei einem jährlichen Bevölkerungsrückgang von etwa 800 Personen bei insgesamt rund 65.000 Einwohnern die geforderte Einsparung von etwa 33 Mitarbeitern pro Jahr (was einer Einsparung von etwa 7 Prozent entspreche) absolut nicht machbar sei. Zudem merkt sie an, dass Neubrandenburg im Vergleich mit anderen mittelgroßen Städten beim Personalschlüssel ohnehin schon relativ weit unten liege. Als realistischere und machbarere Alternative schlägt sie vor, die Vorlage so anzupassen, dass bis zum Jahr 2029 ein Personaldeckel von vielleicht 400 Mitarbeitern festgelegt werde. Mit Blick auf den Stand von 2020, der bei 377,8 Stellen gelegen habe, halte sie dies für deutlich realistischer als eine pauschal beschlossene Kürzung. Abschließend plädiert sie dafür, sich alle Anträge noch einmal in den entsprechenden Ausschüssen vorzunehmen und dort genau zu beraten, was tatsächlich umsetzbar sei.

Ratsherr **Heiko Schröder** äußert sich zum Stellenplan und verweist auf den Beschluss der Stadtvertretung, ein Personalentwicklungskonzept aufzustellen. Er hinterfragt die pauschale Forderung, 100 Stellen einzusparen. Sinnvoller wäre aus seiner Sicht ein Ergänzungsantrag gewesen, der einen prozentualen Stellenabbau von einem oder drei Prozent im Konzept berücksichtige. Anhand aktueller Zahlen verdeutlicht er, dass von den derzeit 425 Vollzeitstellen nach Abzug von Pflichtbereichen wie Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit sowie hoheitlichen Aufgaben nur noch etwa 150 Stellen für den Abbau verbleiben. Ein solcher Abbau gefährde die Handlungsfähigkeit der Verwaltung, sodass beispielsweise Bauanträge mangels Personals nicht mehr bearbeitet werden könnten. Abschließend empfiehlt Schröder, alle Anträge zurückzuziehen, zu überarbeiten und erneut in den Ausschüssen zu beraten. Der Antrag solle als Denkanstoß für eine gemeinsame Lösung dienen; eine bloße Beschlussvorlage reiche hier nicht aus.

Ratsherr **Bromberger** stellt einen Geschäftsordnungsantrag, die Rednerliste zu schließen. Stadtpräsident **Gesswein** lässt über den Antrag abstimmen. Der Antrag wird einstimmig bestätigt.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache, da es keine weitere Wortmeldung gibt, und lässt über TOP 18 abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 5.)

Ratsherr Borchert betritt wieder den Abstimmungsbereich.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 4 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen abgelehnt
Beschlussnummer: **STV 15/18/2026**

Ratsherr Borchert verlässt den Abstimmungsbereich.

TOP 19 Qualifizierte Inanspruchnahmesperre für Planvorhaben Neubau Grundschule Süd
Vorlage: BV/VIII/0358

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 6.)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 4 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/19/2026**

Ratsherr Borchert betritt wieder den Abstimmungsbereich.

TOP 20 Finanzierung der Wärmewende: Maßnahmenplan zur Mittelbeschaffung für den Investitionsbedarf der Neubrandenburger Stadtwerke aus der kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: BV/VIII/0360

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 7.)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 4 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/20/2026**

TOP 21 Prüfung der wirtschaftlichen Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Beteiligungsgesellschaft der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges)
Vorlage: BV/VIII/0361

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 8.)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 3 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/21/2026**

TOP 22 Verwaltungsmodernisierung und Personalwirtschaft – Reduzierung des Stellenplans um 100 Stellen in den Haushaltsjahren 2027 bis 2029
Vorlage: BV/VIII/0362

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 9.)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 4 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/22/2026**

TOP 23 Veräußerung der Parkraumbewirtschaftung der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges) und Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: BV/VIII/0364

Stadtpräsident **Gesswein** lässt über die Vorlage abstimmen. (Namentliche Abstimmung siehe Anlage 10.)

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 4 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/23/2026**

TOP 24 Konsequentes Vorgehen gegen Jugendgewalt
Vorlage: BV/VIII/0370

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 24 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsfrau **Muth** stellt klar, dass Straftaten konsequent verfolgt, Betroffene wirksam geschützt und notwendige Präventionsmaßnahmen stetig weiterentwickelt werden müssen. Gerade deshalb sollte ein Beschluss zu diesem Thema konkret, zielgerichtet und fachlich fundiert sein. Diesen Anforderungen werde der vorliegende Beschlussvorschlag jedoch nicht gerecht und sie hoffe, dass er keine Mehrheit finde. Die Ablehnung richte sich ausdrücklich nicht gegen das Ziel, Jugendgewalt wirksam einzudämmen und Betroffene zu schützen. Sie richtet sich vielmehr gegen einen Beschluss, der weder fachlich fundiert sei, noch zu nachhaltigen Verbesserungen der Situation von Kindern und Jugendlichen beitrage und den Anforderungen einer verantwortungsvollen kommunalen Jugend- und Sozialpolitik gerecht werde.

Ratsherr **Großmüller** bezieht sich auf den Redebeitrag von Herrn Oberbürgermeister **Klose** am Anfang der Sitzung und meint, dass sein Beschlussvorschlag schon etwas bewirkt habe, wenn die dargestellte Zusammenarbeit von Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei umgesetzt werde.

Ratsherr **Schwanke** führt aus, dass das Thema Jugendgewalt auch ein ständiges Thema im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit sei, was Ratsherr **Großmüller** bestätigt. Es gäbe gute Ansätze, vieles werde aber auch zerredet.

Ratsherr **Dr. Kubetschek** thematisiert das Start-Chancen-Programm des Landes M-V und meint, dass mit der Beschlussvorlage genau dort angeknüpft werden könne. Der Antrag von Ratsherrn Großmüller ebne genau diesen Weg und füge sich nahtlos in das ein, was der Oberbürgermeister eingangs gesagt habe. Die Fraktion Projekt NB werde der Vorlage zustimmen.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 6 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.
Beschlussnummer: **STV 15/24/2026**

Stadtpräsident **Gesswein** räumt eine Pause ein und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Thomas Gesswein
Stadtpräsident

gez. Heike Witt
Protokollantin

(Aufgrund des nach TOP 29 gestellten Geschäftsordnungsantrages von Ratsherrn Bromberger auf Erweiterung der Tagesordnung, dem durch die Ratsfrauen und Ratsherren einstimmig zugestimmt wurde, wird die Beschlussvorlage "Übertragung der Zuständigkeit auf den Hauptausschuss" als öffentlicher Tagesordnungspunkt 38 nach dem nichtöffentlichen Teil behandelt).

TOP 38 Übertragung der Zuständigkeit auf den Hauptausschuss
Vorlage: BV/VIII/0386

Stadtpräsident **Gesswein** ruft TOP 38 auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt keine Wortmeldung.

Stadtpräsident **Gesswein** beendet die Aussprache und lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage wird mit 25 Ja-Stimmen zugestimmt.
Beschlussnummer: **STV 15/38/2026**

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.